

sei ein Symbol der "afrikanischen Einheit und Zusammenarbeit" (sic!), die stets eine positive Rolle bei der Förderung des Friedens und bei der Entwicklung des Kontinents gespielt habe! (XNA, 26.5.95) -we-

Innenpolitik

*(6)

Politik in Chinas Dörfern: KP-Arbeitsgruppen, Clanherrschaften und basisdemokratische Experimente

Auf der Plenartagung des KP-Zentralkomitees im September letzten Jahres war die Revitalisierung der ländlichen Basisorganisationen eines der wichtigsten Themen. Offiziellen Meldungen zufolge hat die Stärkung der "Organisationsarbeit" auf dem Lande in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht. Die Tätigkeit der von den höheren Parteiebenen entsandten Arbeitsgruppen verlief erfolgreich. Insgesamt sollen inzwischen 450.000 Partei- und Regierungskader auf den Dörfern nach dem Rechten gesehen und sich um die "Ausrichtung" (*zhengdun*) der dortigen Parteiorgane bemüht haben. (RMRB, 4.4.95; XNA, 4.5.95)

Die Schulung ländlicher Basiskader in ökonomisch wichtigen Disziplinen werde in mehreren Provinzen mit großer Energie vorangetrieben. Das Ausbildungsprofil von Parteizellensekretären und Dorfkomitee-Vorsitzenden werde in Zukunft strengeren Anforderungen unterworfen, um die Entwicklung der ländlichen Kollektivwirtschaft zu beschleunigen (bezeichnenderweise ist nicht von einer Förderung des Privatsektors die Rede).

Um der Etablierung ländlicher Beziehungs- und Korruptionsgeflechte entgegenzuwirken, haben die KP-Organisationsabteilungen in der Provinz Sichuan die uralte chinesische "Vermeidungsregel" bekräftigt: Auf der Ebene von Kreispartei Komitees und Kreisregierungen, die für die Machtdurchsetzung des Parteistaates in ländlichen Gebieten eine Schlüsselbedeutung besitzen, sollen die wichtigsten Positionen künftig nicht mehr von Einheimischen besetzt werden. Auch müsse die Ämterrotation in den Fällen verstärkt werden, wo einzelne Kader schon über längere Zeit am selben Ort amtierten. Von dieser Rege-

lung sind die auf Kreisebene bedeutendsten Ämter betroffen: die Leitungspositionen im Parteikomitee, in der Kreisregierung, in der KP-Organisationsabteilung und im Amt für Öffentliche Sicherheit (Polizei). (ZTS, Hongkong, 6.4.95, nach SWB, 18.5.95)

In vielen, vor allem ärmeren Regionen haben die Institutionen des Parteistaates zusehends mit archaischen Kräften zu ringen: Clanherrschaften drohen, Parteiorgane und Parteipolitik auf lokaler Ebene zu unterhöheln und zu ersetzen. Nach Berichten der Hongkonger *South China Morning Post* (SCMP, 28.4.95) haben die chinesischen Sicherheitsorgane kürzlich in einem landesweit zirkulierenden Dokument vor dem Wiedererstarken "feudalistischer Clans" in einer Vielzahl von Regionen gewarnt. Besonders in abgelegenen Kreisen mit einem niedrigen Einkommens- und Bildungsniveau haben die in den fünfziger Jahren mit drakonischen Maßnahmen bekämpften Clans inzwischen die KP-Basisorgane verdrängen oder vereinnahmen können. Clanoberhäupter haben die Funktionen von Parteisekretären und Dorfvorstehern selber übernommen oder Sippenmitglieder als Leiter der offiziellen Institutionen eingesetzt.

In Provinzen wie Hunan und Jiangxi ist es in einigen Kreisen so weit gekommen, daß die Clanorganisationen sogar Steuerabführungen an die übergeordneten Verwaltungsebenen oder auch Familienplanungsmaßnahmen offen ablehnen. Einzelne Clans in Zentralchina sollen mehr als 30.000 Mitglieder haben, die große finanzielle Beiträge leisten, um Schreine und Tempel ihrer Sippen zu erhalten und gemeinsame Aktivitäten (Feste, Umzüge etc.) zu organisieren. So weit ginge der Einfluß mancher Clans, daß ihre Feste sogar im lokalen Fernsehen übertragen würden. Auch seien blutige Konflikte zwischen verfeindeten Clans keine Seltenheit in Zentralchina.

Anders stellt sich die Situation in solchen ländlichen Gebieten dar, in denen die politische Modernisierung mit kleinen Schritten voranzukommen scheint. Vor allem in wirtschaftlich prosperierenden Dörfern werden seit den achtziger Jahren die Mittel der "Basisdemokratie" erprobt: die Direktwahl der Dorfkomitee-Vorsteher. Nachdem die Kommunistische Partei mit der Entkollektivierung der Landwirtschaft erheblich an Einfluß auf dem Land verloren hat, experimentiert die Zentralregierung (verantwortlich ist das Ministerium für

Zivile Angelegenheiten, das unter den Regierungsinstitutionen nicht gerade über besonders große Autorität verfügt) mit neuen Maßnahmen, um die Stabilität des politischen Gefüges in ländlichen Regionen sicherzustellen. (AWSJ, 18.5.95)

Da nur populäre Führer eine Chance haben, bei den Bauern Gehör zu finden und notwendige wirtschaftliche Erneuerungsmaßnahmen durchzusetzen, wird in ausgewählten Kreisen verstärkt mit Wahlen auf Dorfebene experimentiert. Viele der in jüngster Zeit gewählten Dorfvorsteher sind nicht älter als dreißig bis vierzig Jahre und haben häufig schon einen Oberschulabschluß. Von offiziellen Stellen verlautet, daß nur noch etwa die Hälfte der direkt gewählten Dorfvorsteher der KPCh angehören. Lokale Unternehmer haben gewöhnlich besonders gute Chancen, das Amt des Dorfvorstehers in Wahlen zu erringen, weil ihnen die Verwirklichung allgemeinen Wohlstands zugetraut wird. Allerdings ist, wie ein Unternehmer bekannt, "das Gehalt (eines Dorfvorstehers) niedrig, man muß früh aufstehen, und die Leute beschimpfen einen, wenn man seine Arbeit nicht gut macht." Die Wahlvorgänge werden von einem Großteil der dörflichen Bevölkerung akzeptiert, auch wenn Manipulationen in einigen Gegenden immer noch häufig vorkommen.

Das Spektrum der politischen Strukturen, die auf den chinesischen Dörfern anzutreffen sind, ist außerordentlich vielgestaltig: Von korrupten Parteiinstitutionen über archaisch anmutende Clanherrschaften bis hin zu demokratisch gewählten Dorfleitungen reichen die Ausprägungen dörflicher Führungsmuster. Regionale Unterschiede im kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand sind entscheidend für die uneinheitliche Ausgestaltung der politischen Strukturen an der ländlichen Basis. Die offiziellen Institutionen des Parteistaates sind unterhalb der Kreisebene weitgehend ausgehöhlt. In Chinas Dörfern hat die ungewisse und widersprüchliche Zukunft jenseits des Kommunismus schon begonnen. -hei-

*(7)

70 Jahre kommunistische Gewerkschaften: Huldigungen an die "Arbeiterklasse" und Diskussionen um das Streikrecht

Im Mai 1925 wurden in einer Reihe chinesischer Großstädte wie Shanghai, Guangzhou und Tianjin die ersten

kommunistischen Gewerkschaftsbünde (*zonggonghui*) gegründet. Zu einer zentralen Festveranstaltung aus Anlaß des siebzigsten Jahrestages dieser Gründungen erschienen in Beijing sämtliche sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros.

KP-Generalsekretär Jiang Zemin und der Vorsitzende des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, Wei Jianxing (der kürzlich zum Parteichef der Stadt Beijing ernannt worden ist), nutzten die Gelegenheit, um auf die unveränderte Führungsrolle der "Arbeiterklasse" im politischen System der VR China hinzuweisen (die KPCh versteht sich weiterhin als "Vorhut der Arbeiterklasse" und nicht als "Volkspartei"). Die materiellen Interessen, "demokratischen Rechte" und die politische Sonderstellung der Arbeiterschaft würden auch in Zukunft im Mittelpunkt der Arbeit von Partei, Staat und Unternehmen stehen. Die besondere Fürsorge müsse den Arbeitern in schlecht geführten, defizitären und bankrotten Betrieben gelten. (XNA, 30.3.95.)

Offiziell wird angegeben, daß der Gesamtchinesische Gewerkschaftsverband über insgesamt mehr als 100 Mio. Mitglieder verfügt. Die gewaltige Zahl sagt allerdings nur wenig über die tatsächliche Unterstützung für die parteigelenkten Gewerkschaften aus. Diesen ist von der Parteiführung eine prekäre Spagatposition zwischen Interessenvertretung der Arbeiter und Kooperation mit den Unternehmensleitungen im Dienste rascher wirtschaftlicher Entwicklung zugewiesen: Als "Brücke" zwischen Kommunistischer Partei und den Arbeitern hätten die Gewerkschaften einerseits die Rechte der Arbeiter zu schützen. Andererseits aber müsse die ökonomische Entwicklung im Zentrum der gewerkschaftlichen Tätigkeit stehen. "Neue Wege und neue Systeme" gewerkschaftlicher Arbeit müßten unter den sich verändernden Bedingungen der "Sozialistischen Marktwirtschaft" erprobt werden. (XNA, 1.5.95)

In den vergangenen Jahren sind die offiziellen Gewerkschaften in vielen Regionen und Unternehmen unter wachsendem Druck geraten: Die Belegschaften fordern eine offensivere Vertretung von Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmensleitungen, während die Gewerkschaft in den Augen der politischen Führung stets eine beschwichtigende Rolle in betriebsinternen Konflikten spielen soll. So kommt es, daß viele Arbeiter die Gewerkschaftsorgane

als Werkzeug der Unternehmensleitungen und der lokalen Parteibosse ansehen. Wilde Streiks und spontane Gründungen unabhängiger Arbeitervertretungen sind deshalb in den letzten Jahren keine Seltenheit gewesen.

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes der Provinz Guangdong, Kong Xianhong, hat im Mai auf die nachteiligen Wirkungen solcher Arbeitskonflikte für Unternehmen und Arbeiterschaft hingewiesen. (SCMP, 1.5.95.) Streiks dürften nur als letztes Mittel eingesetzt werden, nachdem alle anderen Wege der Streitschlichtung erschöpft seien. Mehrere hundert Arbeitskonflikte seien in der Provinz Guangdong in den letzten Jahren vor Gerichten verhandelt worden; die meisten dieser Auseinandersetzungen seien zwar auf die Betriebe selbst beschränkt geblieben und hätten sich nicht auf weitere Kreise der Gesellschaft ausgedehnt. Zweckdienlich sei es aber auf jeden Fall, den Ablauf von Arbeitskonflikten und Streiks durch verbindliche staatliche Verordnungen oder Gesetze zu regeln.

Im Juni letzten Jahres waren in der Entwicklungszone Dalian (Provinz Liaoning) staatliche Vorschriften erlassen worden, die wilde Streiks und die Gründung unabhängiger Arbeitervertretungen vor allem in Joint-Venture-Unternehmen unterbinden sollen. Den Organen des offiziellen Gewerkschaftsbundes wird ein Verhandlungs- und Schlichtungsmonopol in innerbetrieblichen Konflikten zugestanden. Spontane Streiks können in Dalian als Rechtsbruch geahndet werden. Dem Beispiel Dalians folgend, planen Führungen anderer Entwicklungs- und Sonderwirtschaftszonen, ähnlich restriktive Regelungen für ihren Amtsbereich einzuführen. -hei-

*(8)

Kosten und Risiken der Korruption in Asien: China und Indien auf den vorderen Plätzen

Eine jüngst veröffentlichte Studie der Political & Economic Risk Consultancy (PERC, Hongkong) kommt zu dem Ergebnis, daß die öffentlichen Verwaltungen in China, Indien und Indonesien gegenwärtig die Spitze der asiatischen Korruptionsliga bilden. Diese Einschätzung beruht auf einer Umfrage unter westlichen Geschäftsleuten über das Korruptionsrisiko in Asien. Auch auf den Philippinen und in Thailand wird

die Kultur der Korruption als besonders ausgeprägt eingeschätzt, während Malaysia, Taiwan und Südkorea im Mittelfeld angesiedelt werden.

Gute Noten für die Sauberkeit ihrer Verwaltungsbehörden bekamen Hongkong, Japan sowie Singapur, die auch im Vergleich mit Ländern des Westens gut abschneiden. Die Behörden in Japan und Singapur wurden sogar als deutlich weniger korruptionsanfällig eingestuft als der Durchschnitt der öffentlichen Verwaltungen in westlichen Demokratien. (*The Economist*, 27.5.95, S.71)

Für ausländische Investoren entstehen aus der Verwicklung in Geschäfte mit korrupten Verwaltungen erhebliche Risiken: Politische Umbrüche, personelle Umbesetzungen oder Anti-Korruptionskampagnen können zu abrupten geschäftlichen Rückschlägen führen. Die Aufdeckung individueller Korruptionsfälle kann im Extremfall das gesamte Engagement vor Ort in Mitleidenschaft ziehen.

Multinationale Großkonzerne haben bei ihren Geschäfts- und Investitionsaktivitäten in asiatischen Staaten die Korruption gewöhnlich weniger zu fürchten: Sie können in der Regel unmittelbar mit den Spitzen der nationalen Ministerien verhandeln. Kleinere Investoren sind oft den Begehrlichkeiten schlecht bezahlter lokaler Beamter und Funktionäre wesentlich stärker ausgeliefert.

Die Kosten der Korruption sind offenbar niedriger als die häufig veranschlagten zehn Prozent der Gesamtkosten des geschäftlichen Engagements: Den Erkenntnissen von PERC zufolge sind im Asiengeschäft durchschnittlich nur rund fünf Prozent für Geschenke und sonstige Sonderzuwendungen an die beteiligten Verwaltungsstellen aufzuwenden. -hei-

*(9)

Funktionäre müssen Rechenschaft über ihr Einkommen ablegen: Kommt der gläserne Kader?

Am 30. April haben die Hauptbüros des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrates gemeinsame Vorschriften zur Offenlegung und Registrierung der Einkommen hochgestellter Funktionäre erlassen. Partei- und Staatskader, die Positionen von der Kreisleitungsebene an aufwärts bekleiden, sind aufgefordert, ihre Einkommensquellen vollständig den zuständigen Organisations- und

Personalabteilungen zu melden. Darunter fallen auch sämtliche Honorareinnahmen aus Nebentätigkeiten sowie die im Rahmen einer Amtstätigkeit in Empfang genommenen Geschenke (hierfür wurde ebenfalls am 30. April ein eigenes Zirkular verbreitet, siehe Xinhua, 18.5.95, nach SWB, 26.5.95).

Zweimal im Jahr (im Juli und Januar) sind die Einkommen des vorangehenden Halbjahres gegenüber den zuständigen Stellen offenzulegen. Falsche Angaben können zu Disziplinarmaßnahmen führen. Die Disziplinarorgane von Partei und Staatsverwaltung sind für die Umsetzung der neuen Vorschriften zuständig, die bereits in Kraft getreten sind. Die Vorschriften gelten auch für hochrangige Funktionäre in anderen sozialen Organisationen, öffentlichen Institutionen sowie in großen und mittleren Staatsbetrieben. (RMRB, 19.5.95; Xinhua, 24./25.5.95.)

Der "gläserne Kader" wird trotz dieser neuen Vorschriften nicht kommen: Partei- und Staatsfunktionäre müssen Rechenschaft lediglich partei- bzw. verwaltungsmäßig ablegen. Da sich vor allem auf lokaler Ebene die meisten Funktionäre aus eigenem Interesse eher gegenseitig decken als Amtsmissbräuche von Kollegen offenzulegen, werden die neuen Vorschriften allenfalls auf den höchsten Ebenen des Kadernsystems eine gewisse Wirkung entfalten. Das erklärte Ziel, "die Organisation der Kommunistischen Partei und der Regierungsbehörden sauber zu halten" und die Beziehungen zur Bevölkerung zu verbessern, wird sich mit bloß verwaltungstechnischen Neuregelungen kaum erreichen lassen. -hei-

*(10)

Der Kampf gegen die Drogen: Ein offizieller Bericht und Ansätze zur internationalen Kooperation

Der Minister für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, hat in einem Bericht vor dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Anfang Mai über Maßnahmen zur Bekämpfung von Drogenhandel und -konsum in China berichtet. Besonders die Provinz Yunnan und die Autonome Region Guangxi seien durch den grenzübergreifenden Drogenhandel aus dem "Goldenen Dreieck" (Myanmar, Thailand, Laos) stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Beijinger Zentralregierung habe die Behörden in der Provinz Yunnan deshalb im Kampf gegen die Drogenhändler und -produ-

zenten tatkräftig unterstützt. Während in Südwestchina traditionelle Drogen die entscheidende Rolle spielten, seien in Metropolen wie Guangzhou, Beijing und Shanghai in den letzten Jahren auch verstärkt chemische Drogen aufgetaucht.

Zwischen 1991 und 1995 habe die chinesische Polizei 87.000 schwerwiegende Drogendelikte verfolgt. Rund 139.000 Personen seien deswegen verhaftet worden. Die Kooperation mit den Hongkonger Sicherheitsbehörden habe zur Zerschlagung mehrerer international operierender Banden von Drogenhändlern geführt. Bis Ende 1994 seien 14 t Heroin, 9,7 t Opium und 3,1 t Marihuana sichergestellt worden.

In China gebe es gegenwärtig insgesamt 326 Rehabilitationszentren, die etwa 30.000 Drogensüchtige aufnehmen könnten. Zwischen 1991 und 1995 seien 180.000 Drogenabhängige in diese Zentren eingewiesen und dort behandelt worden. Angesichts des steigenden Bedarfs an Entziehungskuren und Wiedereingliederungsmaßnahmen seien die Rehabilitationseinrichtungen allerdings überlastet. Die Zahl der Drogensüchtigen sei weiter im Steigen begriffen. (Xinhua, 10.5.95; ZXS, 9.5.95, nach SWB, 16.5.95.)

Um dem internationalen Drogenhandel im südostasiatischen und südchinesischen Raum gemeinsam begegnen zu können, wurde Ende Mai in Beijing eine Konferenz mit dem United Nations Drug Control Program (UNDCP) und Regierungsvertretern aus Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand und Vietnam abgehalten. Es wurde über einen Aktionsplan zur gemeinsamen Bekämpfung von Drogenproduktion, -handel und -konsum in der Region für die nächsten drei Jahre beraten. (Xinhua, 22.5.95, nach SWB, 23.5.95.)

Ministerpräsident Li Peng sagte aus diesem Anlaß, daß Drogenmißbrauch zu einer weltweiten Bedrohung für menschliche Gesellschaften geworden sei und daß China die Anstrengungen des UNDCP und die Kooperation mit seinen Nachbarländern in der Drogenbekämpfung entschieden unterstütze. (XNA, 26.5.95; vgl. auch C.a., 1995/4, S.271.)

Zuvor war ein Abkommen zwischen der chinesischen Regierung und UNDCP getroffen worden, das der Bekämpfung von Drogenhandel und Drogensucht in der Provinz Yunnan zugute kommen

soll. Aus den Mitteln des UNDCP werden hierfür 2,9 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Die Behörden in Yunnan, die an vorderster Front im Kampf gegen internationale Drogenkartelle stünden, würden in den nächsten drei Jahren gezielt unterstützt. -hei-

*(11)

Streit um Reinkarnation des Panchen Lama - Beijing setzt tibetische Lamas unter Druck

Mitte Mai hat der im indischen Exil lebende Dalai Lama einen sechsjährigen tibetischen Knaben als Reinkarnation des Panchen Lama benannt. Die Entscheidung ist das Ergebnis eines nach traditionellen Regeln ablaufenden, mehrjährigen Suchverfahrens, das nach dem Tod des vorangehenden Panchen Lama im Jahre 1989 in Gang gesetzt worden war. Der Panchen Lama gilt als zweithöchster tibetischer Würdenträger nach dem Dalai Lama.

Wegen seiner Mitwirkung an der Auswahl des Panchen Lama soll der für die Übergangszeit amtierende Abt des Klosters Tashilunpo in Shigatse (Zentraltibet) von den chinesischen Behörden unter Hausarrest gestellt worden sein. Das Kloster ist der Sitz des Panchen Lama und wird von diesem geleitet.

Beijing verurteilte die offenbar im Einvernehmen zwischen dem Dalai Lama und mehreren führenden tibetischen Lamas getroffene Entscheidung als Ergebnis einer Verschwörung. Auch Vertreter der offiziellen, von der chinesischen Führung "lizenzierten" tibetischen Buddhismusvereinigung kritisierten den Schritt des Dalai Lama als illegitim und ungültig. (XNA, 23.5.95)

Beijing übt gegenwärtig offenbar massiven Druck auf religiöse Würdenträger in Tibet aus, um eine Distanzierung vom Dalai Lama zu erzwingen. Jahrelang hatten sich die chinesischen Behörden darum bemüht, einen ihnen genehmen Kandidaten als Reinkarnation des Panchen Lama aufzuspüren und durchzusetzen. Es ist noch unklar, ob die Beijinger Führung den vom Dalai Lama bestimmten Kandidaten tatsächlich zurückweisen und seine Amtseinführung verhindern wird. Nicht auszuschließen ist, daß sich Beijing mit Rücksicht auf das sehr gespannte Verhältnis zur tibetischen Bevölkerung für eine vorsichtiger, indirekte Strategie entscheiden könnte (etwa kontinuierliche Einflußnahme während der Ausbildung des jungen Panchen Lama).

Erst kürzlich hatte Beijing gegenüber tibetischen Religionsführern Zugeständnisse gemacht: Ein han-chinesischer Professor der Nationalitätenuniversität in Beijing mußte vor tibetischen Lamas Selbstkritik üben, nachdem er in einem wissenschaftlichen Werk über den tibetischen Buddhismus geschrieben hatte, daß dieser von vielen Grundvorstellungen der ursprünglichen, reinen Lehre Buddhas abweiche. (SCMP, 30.5.95) -hei-

*(12)

Dissidenten drängen auf politische Reformen und Neubewertung des 4.Juni 1989 - Verhaftungswelle

Aus Anlaß des sechsten Jahrestages der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung von 1989 und vor dem Hintergrund einer politischen Übergangsperiode haben sich Chinas Dissidenten und Intellektuelle in Petitionen und Flugschriften zu Wort gemeldet. Bemerkenswert an den jüngsten Aktionen war nicht nur die Zahl und die Courage der Beteiligten, sondern auch die Ausweitung der oppositionellen Aktivitäten auf politisch gewichtige Provinzhauptstädte wie Hangzhou, Wuhan, Xi'an oder Nanjing; in mehr als zehn Großstädten soll es zu politischen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Jahrestag gekommen sein. (SCMP, 30.5.95)

Die chinesischen Sicherheitsorgane gehen davon aus, daß aus dem Ausland gesteuerte Operationen eine bedeutende Rolle während der jüngsten Ereignisse spielen. Mit Unterstützung einer westlichen Großmacht (hiermit wird auf Aktivitäten der chinesischen Exilopposition und der amerikanischen CIA angespielt) werde versucht, ein oppositionelles Untergrundnetz aufzubauen, das nach Deng Xiaopings Tod landesweite Aktionen steuern solle. (SCMP, 30.5.95)

Da die im Mai bekannt gewordenen Schriftstücke jedoch erhebliche programmatische Unterschiede aufweisen, ist ein landesweit koordiniertes Vorgehen der Dissidenten fast mit Sicherheit auszuschließen. Ein in sich geschlossenes, überregionales Oppositionsnetzwerk scheint es zur Zeit nicht zu geben.

- In Beijing riefen 45 zum Teil renommierte Wissenschaftler, Intellektuelle und Dissidenten in einer Petition zu größerer staatlicher Toleranz gegenüber politisch Andersdenken-

den auf. Die Schrift war von dem Sozialwissenschaftler Xu Liangying verfaßt und von hochrangigen und auch im chinesischen Staatsapparat angesehenen Wissenschaftlern wie dem Nuklearforscher Wang Ganchang (einem der "Väter der chinesischen Atombombe") unterzeichnet worden.

Konkret wurde in dem Aufruf die Respektierung abweichender politischer Meinungen, die Einstellung politischer Verfolgungen, eine Neubewertung des "Zwischenfalls vom 4.Juni (1989)" und die Freilassung aller wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen verhafteter Personen gefordert. (Originaltext in: LHB, Hongkong, 18.5.95; deutsche Übersetzung in FAZ, 26.5.95)

- Auch 27 Unterzeichner einer an den Nationalen Volkskongreß (NVK) gerichteten Petition forderten mit Nachdruck eine Untersuchung der Vorfälle im Mai und Juni 1989. Der Ständige Ausschuß des NVK müsse eine spezielle Kommission einsetzen, um Zahl und Namen der Opfer festzustellen und um eine "unabhängige, gerechte Untersuchung" sicherzustellen. (IHT, 26.5.95)

- Ende Mai kam in Beijing auch die Flugschrift einer unabhängig von den offiziell zugelassenen Kirchen aktiven "Vereinigung des christlichen Heiligen Geistes" in Umlauf, in der auf das Leiden der einfachen Leute unter den sozialen Belastungen der gegenwärtigen Periode hingewiesen wurde. Aufgrund niedriger Löhne und steigender Inflation nehme die Verarmung in den Städten und auf dem Lande zu; auch die Obdachlosigkeit verbreite sich zusehends. Die Regierung trage die Verantwortung dafür, "humanere Bedingungen für den gesellschaftlichen Fortschritt" zu schaffen. (NZZ, 26.5.95)

- An Beijinger Universitäten gab es vereinzelt Aufrufe, in denen die Verhaftungen politisch Andersdenkender kritisiert wurden. (SCMP, 28.5.95)

- In Nanjing (Provinz Jiangsu) soll eine Untergrundpartei mit dem Namen "Vereinte Front" gegründet worden sein, die durch "Aufklärung und Erziehung des chinesischen Volkes" einen Wandel des Regierungssystems herbeiführen will. Demonstrationen seien nicht geplant. Man wolle jedoch die Unzufriedenheiten mit Infla-

tion, Korruption, Arbeitslosigkeit und der massiven Zuwanderung in die städtischen Ballungsräume nutzen, um die Stadtbevölkerung für die eigenen Ziele zu mobilisieren. (SCMP, 22.5.95)

In Nanjing wurde Ende Mai der Dissidentenveteran Xu Shuiliang, der bereits 1975-78 sowie 1980-92 wegen seines Eintretens für Demokratie und Menschenrechte im Gefängnis gesessen hatte, erneut verhaftet. (SCMP, 28.5.95) Es ist nicht sicher, ob er mit den Planungen der "Vereinten Front" in Verbindung gebracht wird.

- Aus Wuhan (Provinz Hubei) wurde bekannt, daß sich dort dreißig Aktivisten seit Februar dieses Jahres in einer bewaffneten politischen Organisation namens "Partei für Freiheit und Demokratie in China" zusammengeschlossen haben sollen. (SCMP, 6.5.95) Demonstrationen, Streiks und Boykotts sollen organisiert werden, um die "feudalistische und diktatorische" Herrschaft der KPCh zu stürzen. Die Mitglieder der Organisation seien ausschließlich zum Schutz gegen politische Verfolgung bewaffnet, Terroranschläge seien nicht geplant. Auch abtrünnige kommunistische Kader sollen zu den Gründungsmitgliedern gehören.

- In Hangzhou (Provinz Zhejiang) wurden fünf Aktivisten, die eine Petition gegen die staatliche Unterdrückung verfassen wollten, verhaftet. Unter ihnen befand sich Lin Mu, ein ehemaliger Sekretär des 1989 verstorbenen früheren KP-Generalsekretärs Hu Yaobang. Lin hatte sich schon in den Vorjahren gelegentlich an regierungskritischen politischen Aktivitäten beteiligt.

- In einem Appell an den Nationalen Volkskongreß haben siebzehn chinesische Oppositionelle, die wegen ihrer Teilnahme an den Protesten von 1989 immer noch Haftstrafen verbüßen, verbesserte Haftbedingungen und eine baldige Freilassung gefordert. Offenbar wurde die Petition aus einem Straflager in der Provinz Henan herausgeschmuggelt. (SZ, 1.6.95)

Die Behörden in den betroffenen Städten antworteten mit Verhaftungen und Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber den beteiligten Aktivisten. Soweit bekannt, wurden in Beijing, Hangzhou, Nanjing und Hainan mindestens 40 Dis-

sidenten verhaftet. 25 von ihnen befanden sich Ende Mai immer noch in Haft, fünfzehn waren - zum Teil unter Auflagen - wieder entlassen worden. -hei-

*(13)

amnesty international registriert 1.791 Hinrichtungen für das Jahr 1994

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international hat im letzten Jahr in China 2.496 Todesurteile und 1.791 Exekutionen registrieren können. Die Zahl der gemeldeten Hinrichtungen liegt damit um 372 höher als 1993. (AI Index: ASA 17/17/95) Allerdings ist davon auszugehen, daß eine sehr beachtliche Zahl von Exekutionen weder von den chinesischen Medien gemeldet noch im Ausland bekannt wird. Statistiken über Todesurteile und Hinrichtungen werden in China als *arcanum imperii* behandelt.

amnesty international kritisiert scharf die exzessive Anwendung der Todesstrafe zu erzieherischen Zwecken in Fällen, die aus politischen Gründen besonders hart verfolgt werden. Dies gilt für Korruptions- und Betrugsdelikte genauso wie für organisiertes Bandenwesen oder Zuhälterei. Die chinesische Justiz ist angewiesen, dem Anstieg der Kriminalität und der Korruption mit drakonischen Maßnahmen zu begegnen. Die Verhältnismäßigkeit des Strafmaßes und das Recht auf einen fairen Prozeß bleiben dabei oft auf der Strecke. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(14)

Beschluß über Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Am 22. Mai 1995 wurde ein vom ZK und Staatsrat am 6. Mai 1995 verabschiedeter Beschluß über die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts veröffentlicht (vgl. RMRB u. GMRB, 22.5.95, Auszüge in XNA, 22.5.95). Der Beschluß, der 13.000 Schriftzeichen und 40 Punkte in elf Kapiteln umfaßt, hat als eines der wichtigsten wissenschaftspolitischen Dokumente der nachmaoistischen Zeit zu gelten. In seiner Bedeutung kommt ihm nur der ZK-Beschluß über die Reform des Wis-

senschaftssystems vom März 1985 gleich. Während es bei dem letztgenannten Beschluß darum ging, das Wissenschaftssystem durch neue Methoden der Finanzierung und Personalpolitik sowie größere Flexibilität und Ausrichtung auf die Wirtschaft zu modernisieren (s. C.a., 1985/3, Ü 16), verfolgen Partei und Regierung mit dem jüngsten Beschluß das Ziel, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, damit China sich im 21. Jahrhundert als moderne Großmacht mit vorgeschrittenem internationalen Standard in Wissenschaft und Technik präsentieren kann. Es geht der chinesischen Führung darum, ein wissenschaftlich-technisches Niveau zu erreichen, das Chinas Ansehen in der Welt erhöht und ihm den politischen Einfluß einer Führungsmacht sichert.

Gleich der erste Satz des Dokumentes unterstreicht die Wissenschaft und Technik zugemessene strategische Bedeutung: "Wissenschaft und Technik sind die erste Produktivkraft, die wichtigste Triebkraft der sozioökonomischen Entwicklung und ein entscheidender Faktor für Stärke und Prosperität eines Staates." Daß Wissenschaft und Technik die wichtigste Produktivkraft sind, hatte Deng Xiaoping bereits auf der Wissenschaftskonferenz im März 1978 verkündet, es ist sozusagen sein wissenschaftspolitisches Credo. Es hat die chinesische Wissenschaftspolitik seitdem nachhaltig beeinflusst, indem es nämlich Wissenschaft und Technik nahezu ausschließlich in Richtung auf die wirtschaftliche Entwicklung lenkte, d.h. sie für die Wirtschaft instrumentalisierte. Dies blieb nicht ohne Folgen für Wissenschaft und Forschung; so wurde z.B. hauptsächlich anwendungsorientierte Forschung gefördert (auch Grundlagenforschung wird in China im wesentlichen unter dem Aspekt der industriellen Anwendung betrieben) und geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, darunter z.B. auch Pädagogik, eher vernachlässigt. Inzwischen sind die Folgen teilweise erkannt worden, was dazu geführt hat, daß heute dem Bildungswesen gleichrangige Bedeutung beigemessen wird wie Wissenschaft und Technik, so auch in diesem Dokument, wo es in Punkt 3 heißt, Wissenschaft und Erziehung bringen einen Staat zur Blüte. Grundlage und Voraussetzung für die Entfaltung von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft sei das Bildungswesen; beides, Wissenschaft und Bildung, sei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sowie die Anhebung

des wissenschaftlich-kulturellen Niveaus des ganzen Volkes von entscheidender Bedeutung.

Im ersten Kapitel (P. 1-5), das dem Gedanken von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft gewidmet ist, werden Chinas wissenschaftspolitische Ziele und Grundsätze aufgeführt. Die Ziele bis zum Jahr 2000 lauten:

- die Grundlagen legen für ein Wissenschaftssystem, das den Anforderungen einer sozialistischen Marktwirtschaft und den eigenen Entwicklungsgesetzen von Wissenschaft und Technik entspricht;
- große Fortschritte in industrie- und agrarwissenschaftlicher Forschung, in technischer Entwicklung, Grundlagenforschung und High-Tech-Forschung erzielen;
- deutliche Steigerung der Beiträge, die Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche Entwicklung erbringen;
- Einschwanken auf die Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Anhebung der Qualität der Arbeitskräfte abhängt.

Bis zum Jahr 2010 sollen folgende strategische Ziele erreicht sein:

- Konsolidierung und Verbesserung des neuen Wissenschaftssystems;
- Verwirklichung der organischen Verbindung von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft;
- Ausbildung und Schaffung eines Kontingents von Wissenschaftlern und Technikern auf hohem Niveau;
- deutliche Anhebung des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Niveaus des gesamten Volkes;
- die wissenschaftlich-technische Stärke auf einigen wichtigen Wissenschafts- und High-Tech-Feldern soll sich dem fortgeschrittenen internationalen Standard annähern oder ihn erreichen;
- in großem Maße Steigerung der eigenen Innovationsfähigkeit und Beherrschung von Schlüsseltechnologien und Systemauslegungstechnologie für wichtige Industrien;
- die Produktionstechnik auf wichtigen Gebieten soll sich an das Niveau der entwickelten Länder zu Beginn des nächsten Jahrhunderts annähern oder es erreichen, in einigen neuen Industrien soll die Produktionstechnik fortgeschrittenen internationalen Standard erreichen.